

Abg. Streng nahm Bezug auf die Erstattung von Eingliederungshilfen von Menschen mit Behinderungen. Der Landrat habe ausgeführt, dass das Land hier 3,1 Mio. € erstatte. Das vom Landrat in seiner Rede zitierte Schreiben des Innenministers liege ihr bereits vor. Darin vertrete der Innenminister allerdings die Auffassung, dass die Kreise die auf sie entfallenden Entlastungen über eine Senkung des Kreisumlagesatzes direkt an die kreisangehörigen Kommunen weitergeben sollen. Der Innenminister gehe somit von einer Senkung der Kreisumlage aus. Hier bestehe aber eine Diskrepanz von 1,5 Mio. € zwischen der Erstattung von 3,1 Mio. € und der Zahlung der Kommunen, die sich laut Haushaltsentwurf nur um 1,6 Mio. € verringere. Sie bat hierzu um Erläuterung.

Ltd. KVD in Udelhoven entgegnete, die Kreisumlage sei das Ergebnis des Gesamthaushalts mit Erträgen und Aufwendungen. Die angesprochene „Übergangsmilliarde“ wirke sich im Haushalt mit 3,1 Mio. € positiv aus. Und dadurch, dass sie das Ergebnis insoweit verbessere, wirke sie sich automatisch auch auf die Kreisumlage aus. Ansonsten wäre der Kreisumlagesatz entsprechend höher gewesen.

Der Landrat wies darauf hin, dass im Zuge der Haushaltsberatungen noch eingehend Gelegenheit für Nachfragen bestehe.

Abg. Westig-Keune nahm Bezug auf die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration vom 03.12.2014, in der mitgeteilt worden sei, dass es am 10.12.2014 ein Gespräch mit den Bürgermeistern zum „Kommunalen Integrationszentrum“ geben sollte. Sie erkundigte sich nach den Ergebnissen dieses Gesprächs.

Ltd. KVD Allroggen berichtete, dass es gestern ein erstes Informationsgespräch mit vier hierfür benannten Vertretern der Städte und Gemeinden gegeben habe. Man habe sich über den derzeitigen Aufgabenbestand vor Ort und über die Möglichkeiten, wie das Kommunale Integrationszentrum des Kreises die Aufgabenerfüllung vor Ort verstärken und unterstützen könne, unterhalten. Für Januar 2015 sei ein weiteres Gespräch vereinbart worden. Es deute sich an, dass ein hoher Hilfebedarf im Bereich der Sprachförderung für Kinder und Jugendliche bestehe.

Abg. Westig-Keune fragte, ob es bei der mehrheitlichen Ablehnung des Kommunalen Integrationszentrums durch die Bürgermeister der Kommunen geblieben sei.

Der Landrat merkte an, man habe durchaus vernommen, dass die Bürgermeister hiervon nicht begeistert gewesen seien. Herr des Verfahrens sei aber der Kreistag. Hierzu liege eine eindeutige Beschlusslage zur Einrichtung des Kommunalen Integrationszentrums vor. Bisher liege ihm auch kein politischer Antrag vor, dies wieder rückgängig zu machen. Inzwischen habe man den Genehmigungsbescheid des Landes erhalten und bereits Personal hierfür ausgesucht. Im Zuge der Beratungen des Eckdatenpapiers zum Kreishaushalt anlässlich einer Hauptverwaltungsbeamtenkonferenz sei mit den Bürgermeistern im Übrigen vereinbart worden, dass das Projekt so weitergeführt werden könne, wenn man die geplante Erhöhung der Kreisumlage zurücknehmen könne. Er sei sich sicher, dass sich die Bürgermeister/innen vor dem Hintergrund der Entwicklungen in diesem Bereich von der Notwendigkeit überzeugen lassen werden.

Ltd. KVD Allroggen verwies auf ein Gespräch mit den Sozialdezernenten u. a. zum Thema „Aufnahme von Asylbewerbern und Flüchtlingen“, das bereits vor dem v. g. Informationsgespräch mit den vier Vertretern der Städte und Gemeinden auf Wunsch der

Kommunen stattgefunden habe. Dort sei fast eine Stunde lang von nahezu allen Kommunen vorgetragen worden, wie sich die Thematik und die Problemlage entwickle und welche Aufgaben zu lösen seien. Alle Wortmeldungen hätten dafür gesprochen, dass sich die Aufgaben – von der Erstaufnahme, über die Unterbringung, Zuführung zum Gesundheitssystem, bis hin zur Sprachförderung usw. - gewaltig nach oben bewegen werden. Vor diesem Hintergrund sei zu erkennen gewesen, dass nur ein gemeinsames Wirken aller kommunalen Kräfte dazu führen könne, dass man mit dieser zuwachsenden kommunalen Problematik auch gut klarkomme.

Der Landrat verwies auf die mit der Einladung vom 28.11.2014 und dem Nachtrag vom 04.12.2014 übersandten Anfragen der Gruppe im Kreistag FUW-Piraten vom 25.11.2014 sowie des Abg. Dr. Fleck vom 01., 02. und 03.12.2014. Die Anfragen seien inzwischen von der Verwaltung schriftlich beantwortet worden. Zudem liege als Tischvorlage noch eine Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 08.12.2014 zur Schulsozialarbeit im Rhein-Sieg-Kreis vor, die ebenfalls schriftlich beantwortet worden sei.

Abg. Dr. Fleck nahm Bezug auf seine Anfrage zur Benehmensherstellung im Zuge des Kreishaushalts. Hierin habe er auch nach der Einrichtung einer Sparkommission gefragt. Da nun keine Erhöhung der Kreisumlage mehr vorgesehen sei, wollte er wissen, ob insoweit die Einrichtung einer solchen Sparkommission überflüssig sei.

Der Landrat bejahte dies.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.